

Amt: Amt I
Datum: 22. Oktober 2009
Az.: I - 02.11.2009

Nr. 2009/I/446

Berichtsvorlage

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Feuerwehrausschuss	02.11.2009	Kenntnisnahme

Handz. Bürgermeisterin
Beteiligte Ämter: Amt I

Handz. Gemeindegamrerer:

Betrifft: Katastrophenschutz - Gefahrenabwehr

Sachdarstellung:

Seit einigen Monaten arbeiten der Landkreis Ammerland und die Ammerlandgemeinden gemeinsam an der Erarbeitung neuer Katastrophenschutz- und Gefahrenabwehrpläne. Neben der immer wehrenden Bedrohung durch Terrorismus auch in Deutschland, vorrangig jedoch durch die hier eher anzunehmende Gefahr von Umweltereignissen, deren Ausmaße immer größer werden, machen dies Schritte notwendig. Für das Gemeindegebiet selbst muss die Gemeinde die Gefahrenabwehrplanung fortschreiben sowie die Vorhaltung von Ressourcen planen und organisieren.

Im Laufe des Jahres wurden die vorhandenen Unterbringungspläne bei Evakuierungen fortgeschrieben. Für alle Sporthallen in der Gemeinde ist ein Plan bereits vorhanden. Hier sind lediglich noch Detailinformationen einzupflegen. Eine Nutzung der Pläne ist bereits jetzt möglich. Entsprechendes ist im Weiteren für Schulgebäude zu entwickeln.

Alle größeren und/oder in ihrer Art wichtigen Betriebe in der Gemeinde wurden angeschrieben und um Angaben zum Stand von Vorsorgeplanungen gebeten. Es wurde ebenfalls abgefragt, welche Hilfe im Notfall erforderlich wär, welche gefährlichen Stoffe vorhanden sind und welche Hilfe seitens des Betriebes im Gefahrenfall der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Auswertung der Fragebögen ist abgeschlossen, der Landkreis fasst die Ergebnisse für den gesamten Kreis zusammen. Landwirtschaftliche Betriebe wurden durch den Landkreis selbst erfasst.

Abschließend kann zur Abfrage gemeindeseits gesagt werden, dass die meisten Betriebe keine Vorsorgemaßnahmen getroffen haben. Es muss leider festgestellt werden, dass vielfach hierfür noch das Verständnis fehlt. Auch das Angebot von Hilfe an die Gemeinde ist recht gering ausgefallen. Es gibt aber auch positive Beispiele für Vorsorgeplanung und Hilfsbereitschaft unter den Betrieben.

Um die Bevölkerung auf evtl. auftretende Schadensereignisse besser vorzubereiten, wurde von allen Ammerlandgemeinden die Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt!“

verteilt. Diese beinhaltet Tipps zur Bevorratung von Dingen für den täglichen Gebrauch. Eine Hilfe der öffentlichen Behörden an einzelne Haushalte ist bei einem langfristigen Ereignis nicht sofort möglich. Aus diesem Grunde muss die Bevölkerung weiter sensibilisiert werden, bestimmte Vorsorgemaßnahmen selbst zu treffen.

Es ist angedacht, der Bevölkerung zukünftig ein Angebot in Form eines Seminars zu machen. In diesem Seminar könnten nötige Schritte zur Selbsthilfe, Umgang mit Feuerlöschern, u.ä. angeboten werden. Ein entsprechender Pool an Ausbildern könnte aus den Reihen der Feuerwehren gewonnen werden. Hier müssen allerdings noch weitere Gespräche geführt werden.

Der bereits in der Frühjahrssitzung angesprochene Aufbau eines Gefahrenabwehrstabes befindet sich noch in der Planungsphase. Die erforderliche Technik wurde allerdings schon beschafft. Die Laptops werden durch den EDV-Bereich der Gemeinde gerade mit der nötigen Software versorgt.

Zur optimalen Nutzung auch im Gefahrenabwehrfall, ist eine Umrüstung des Einsatzleitwagens der Feuerwehr erforderlich. Diese wurde geplant und befindet sich in der Umsetzung. Der Einbau von Schränken und Konsolen erfolgt zurzeit, die Technik ist bereist vollständig vorhanden. Bis zum Ende des Jahres wird das Fahrzeug für diese Zwecke komplett nutzbar sein, ein entsprechender Pool von 10 Personal, die sich auf den Geräten auskennen, ist in der Feuerwehr vorhanden.

Um seitens der Gemeindeverwaltung ein Arbeiten auch im Extremfall zu gewährleisten, ist eine unabhängige Stromversorgung des Rathauses erforderlich. Hier wird gerade geprüft, welchen Umfang eine solche Maßnahme haben muss und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Ein erster Kostenvoranschlag sieht eine Summe von 83.000,00 € zur kompletten Versorgung des Rathauses vor. Das Aggregat könnte im Nebengebäude des Rathauses mit untergebracht werden. Zwar ist die Aufrechterhaltung der Stromversorgung für das gesamte Rathaus nicht nötig, eine Trennung innerhalb des Hauses zur Versorgung einzelner Bereiche wäre aber mit einem erheblichen Aufwand an elektrotechnischer Arbeit verbunden, der ebenfalls sehr teuer sein dürfte.